

Die
Schnellbahnfrage

**Eine wirtschaftlich-technische Untersuchung auf Grund
des Schnellbahnplanes Gesundbrunnen—Rixdorf**

VON

EMIL SCHIFF



Berlin W.
VERLAG VON M. KRAYN
1912

Seitdem der Zeitpunkt, an dem der Zweckverband Groß-Berlin in Wirksamkeit treten soll, in greifbare Nähe gerückt ist, zeigt die Stadt Berlin Eile, Verkehrsaufgaben größten Umfanges und größter Bedeutung zu erledigen, mit denen sie sich vorher allzuviel Zeit gelassen hat. Ein Jahrzehnt haben die Streitigkeiten mit der Großen Berliner Straßenbahn gedauert; sie haben zu Zuständen geführt, für die der Ausdruck Verkehrselend von allen beteiligten Seiten widerspruchslos angewendet wurde, aber im Sommer 1911 mußte ein neuer, bis 1949 laufender Vertrag mit der Straßenbahn durchgepeitscht werden. Die Gelegenheit, die Straßenbahnen zu mäßigem Preise in den Besitz der Stadt zu bringen, ist nicht wahrgenommen worden, obschon die Stadt dann über ein Verkehrsunternehmen von den glänzendsten Möglichkeiten der Entwicklung und des Ertrages verfügt hätte, mit dem sie auch andere Aufgaben des Verkehrs und Aufgaben der Wohnungsfürsorge aufs beste hätte stützen und fördern können. Der Zweckverband wird die Straßenbahn infolge der großen Fehler des neuen Vertrages nur unter schweren Opfern erwerben können, wenn er sie nicht schon zum nächsten Termine erwirbt, was bei der Fülle seiner Aufgaben schwer sein dürfte¹⁾. Auch andere Groß-Berliner

¹⁾ Vgl. Schiff, der neue Berliner Straßenbahn-Vertrag (Elektrotechnische Zeitschrift 1911, Heft 42, oder Dokumente des Fortschrittes, 1911, Heft 11).

Gemeinden, besonders Wilmersdorf, das der Straßenbahngesellschaft eine neunzigjährige Zustimmung erteilt hat, haben dem Zweckverbande vorgegriffen und seine Aufgaben erschwert und verteuert. Nur vom Zweckverbande, der schon am 1. April 1912 zu arbeiten beginnen wird, kann daher erhofft werden, daß er mit der in großen technisch-wirtschaftlichen Fragen geradezu verhängnisvollen Eigenbrödelei der beteiligten Gemeinden brechen und die Groß-Berliner Verkehrsaufgaben, soweit das noch möglich ist, in planvoller Weise unter richtiger Würdigung der Erfordernisse und gerechter Verteilung der Lasten und Erträge lösen wird. Billigkeitsgefühl und richtige Erkenntnis des eigenen wie des allgemeinen Vorteiles müßten im Vereine mit politischer Vornehmheit die Gemeinde Berlin dazu führen, die so lange verzögerten Aufgaben nicht noch schnell vor Inkrafttreten des Zweckverbandes zu erledigen, sondern der kommenden Neuorganisation zu überlassen. Statt dessen bietet sich dem sachlich Prüfenden das Schauspiel, daß Eigenbrödelei, Parteiinteresse, Unkenntnis der volkswirtschaftlichen und technischen Verhältnisse und mißverständenes Gemeininteresse zu unzeitigen und unzweckmäßigen Entschlüssen geführt haben und führen.

Nicht anders verhält es sich mit der Entscheidung, zu der der Magistrat in der seit zehn Jahren schwebenden Angelegenheit einer Schnellbahn vom Gesundbrunnen nach Rixdorf gelangt ist. Wie weit insbesondere die Stadt Berlin mit der jetzt geplanten schleunigen Erledigung der Sache den eigenen Vorteil, und wie weit sie den Vorteil der nördlichen und südlichen Vororte zum eigenen Schaden fördern würde, ist sehr fraglich; wahrscheinlich wäre im Zweckverbande eine günstigere Verteilung der Lasten und des Wagnisses zu erreichen. Was aber am meisten gegen die jetzt geplante Lösung spricht, sind die schweren volkswirtschaftlich-sozialen Bedenken, die von unabhän-